



# 2001/16 Dossier

<https://ads.jungle.world/artikel/2001/16/wir-wollen-alle-keine-nischenpolitik-mehr>

**Was war? Was bleibt? Was kommt? - Antifas aus unterschiedlichen Gruppen im Gespräch**

## **»Wir wollen alle keine Nischenpolitik mehr«**

Von **Ivo Bozic**

**Nach zehn Jahren unterschiedlicher Organisationsversuche in der linksradikalen Szene, nach zehn Jahren autonomer Politik unter dem Markenzeichen Antifa ist es Zeit, ein Resümee zu ziehen. Von der Jungle World eingeladen, versammelten sich dazu in Berlin SprecherInnen der wichtigsten Antifa-Gruppierungen: Victor von der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen war einer der Initiatoren der AA/BO. Carlos von Fels gehörte vor zehn Jahren in Berlin zu denen, die die Organisationsdebatte eröffneten. Simone arbeitet beim Antifaschistischen Infoblatt, das zu den Gründungsgruppen des BAT gehörte. Daniel ist Mitglied des Leipziger Bündnisses gegen Rechts.**

Der Organisationsdebatte vor zehn Jahren lag die Erkenntnis zugrunde, dass mit der herkömmlichen Bewegungspolitik der Autonomen nichts mehr zu erreichen war. War diese Analyse richtig?

Carlos: Die Einschätzung der Lage und unsere Kritik an den Autonomen war richtig. Was die Möglichkeiten angeht, gab es Fehleinschätzungen. Das offensichtliche Scheitern vieler linker Modelle mit dem Ende des Realsozialismus hat viele Fragen aufgeworfen und wir hatten die Hoffnung, dass sich aus der gemeinsamen Suche nach neuen Antworten ein Organisationsansatz ergeben könnte. Das hat sich nicht bewahrheitet, viele haben keine neuen Antworten gesucht. »Die Fahnen hoch, die Reihen fest geschlossen«, entsprach aber nicht unserer Vorstellung. Wir haben Organisation nur als Teil einer notwendigen Neukonstituierung der Linken gesehen.

Was war der Kern Eurer Kritik?

Carlos: Eine subkulturelle Bewegung, die sehr stark den Individualismus hervorhebt, hat nur in einer sozialdemokratisch organisierten Gesellschaft etwas Subversives. Wenn der Individualismus zum konstituierenden Bestandteil dieser deregulierten Gesellschaft wird, stellt er keinen Widerspruch mehr dar. Außerdem haben wir die Organisations- und die Theoriefeindlichkeit der Szene kritisiert.

Das hat sich mittlerweile sehr stark verändert. Heute gibt es ja mehr Zeitungen als Gruppen. Eine weitere Kritik betraf die Kampagnenpolitik: Erst werden thematische Kampagnen losgetreten und danach verpufft wieder alles, weil den mobilisierten Personen keine Möglichkeit für eine weitere, kontinuierliche Politik angeboten wird.

Victor: Uns ging es nicht darum, die Bewegungspolitik abzuschaffen und stattdessen eine Partei zu gründen. Wir haben von der Bewegungspolitik den Anspruch übernommen, soziale Konflikte sowie gesellschaftliche Widersprüche aufzugreifen und zu radikalisieren. Nach dem Ende des Realsozialismus wurde deutlich, dass nicht nur die Autonomen, sondern auch die Linke generell immer isolierter dastehen würde. Dem wollten wir entgegenwirken.

Unsere Vorstellung war: Wir bündeln die Kräfte, führen Auseinandersetzungen, greifen in die Gesellschaft ein und versuchen, linken Positionen einen Raum zu geben - erst mal ganz konkret beim Thema Antifaschismus. Mit dem Niedergang der autonomen Bewegung flüchteten sich Ende der achtziger Jahre immer mehr Leute in ihre Nischen. Das wollten wir aufbrechen. Es ging uns darum, Leute bewusster zu politisieren. Wir wollten nachvollziehbare, wahrnehmbare Politik machen.

Simone: Die Organisationsdebatte traf Anfang der neunziger Jahre mit einer völkischen Mobilisierung der Gesellschaft zusammen. Autonome Antifas stellten fest, dass mit den herkömmlichen Mitteln autonomer Politik kein Blumentopf mehr zu gewinnen war. Wer sich damals im Osten umgesehen hat, wusste, dass mit klassischer autonomer Politik nicht mal mehr die Abwehrkämpfe zu gewinnen waren.

Ich glaube, dass dies auch der Grund ist, weshalb die Organisationsdebatte ihren Anfang in der Antifa-Bewegung genommen hat. Es gab dann zwei Ausprägungen dieser Überlegungen. Einmal die AA/BO und zum anderen den Ansatz des BAT, der wesentlich pragmatischer, realpolitischer war. Uns ging es darum, einen Austausch zwischen den vielen einzelnen Gruppen und eine unhierarchische Bündelung der Kräfte zu organisieren. Keine Organisation als Selbstzweck, sondern vor allem, um in der Lage zu sein, bundesweit zu mobilisieren.

Seit damals hat sich aber einiges verändert. Anfangs haben wir fast bei jedem Naziaufmarsch bundesweit mobilisiert, inzwischen marschieren an jedem Wochenende irgendwo Nazis und weder BAT noch AA/BO mobilisieren noch bundesweit. Die Gründe und Ausgangsbedingungen für eine bundesweite Organisation haben sich also verändert.

Carlos: Deine Einschätzung mag für die Antifa-Szene gelten. Aber das Gros der Autonomen hat die Organisationsdebatte die ersten ein, zwei Jahre völlig abgeblockt.

War die Organisation nun eine Fortentwicklung für die antiautoritäre Linke, oder war sie nicht eher ein Rückgriff auf schon längst gescheiterte K-Gruppen-Modelle?

Carlos: Bei Fels hatte das nichts mit K-Gruppen-Romantik zu tun. Bei uns waren damals viele, die Erfahrungen mit politischen Organisationen im Ausland hatten. In anderen Ländern kann man sehen, dass Organisationen nicht gleich eine K-Gruppe sein müssen.

Victor: Die AA/BO-Gruppen haben sich nie in erster Linie auf K-Gruppen bezogen, wir haben uns zur antiautoritären Linken gezählt. Es waren eher die traditionellen Autonomen, die beim Wort Organisation gleich die Assoziation mit K-Gruppen oder der KPD hatten.

Also war es nur ein Zufall, dass die AA/BO mehr Stalinisten angezogen hat als die autonome Szene?

Victor: Es war klar, dass orthodoxe Gruppen zu jenen, die die Autonomen wegen ihrer Organisationsfeindlichkeit kritisieren, ein anderes Verhältnis hatten. Anfang der Neunziger hatten die orthodox-kommunistischen Gruppen objektiv die Funktion, den Gedanken der Organisation mit durchzusetzen. Nachdem dieser allgemein akzeptiert worden war, hatte sich deren Funktion faktisch erledigt, und letztlich sind diese Gruppen nach und nach auch aus der AA/BO gegangen.

Simone: Auch von den Kritikerinnen und Kritikern ist die AA/BO nie als Fortsetzung der K-Gruppen wahrgenommen worden. Kritisiert wurde die AA/BO eher wegen ihrem undifferenzierten Bezug auf die KPD. Weder der Nationalismus der KPD noch ihr latenter Antisemitismus wurden hinterfragt. Diese Phase hat die AA/BO dann aber irgendwann verlassen.

Wie war das im Osten? An was hat man sich nach dem Mauerfall als Linker orientiert? Die AA/BO kam dort ja nicht besonders gut an.

Daniel: Natürlich haben sich viele Formen aus dem Westen durchgesetzt. Es gab Hausbesetzungen, weil es so viele leer stehende Häuser gab und keine Polizei. Und was es von Anfang an auch gab, waren Nazis. Deswegen waren dies auch die Schwerpunkte linker Politik. Eine Organisation zu wollen, war bei uns ab einem bestimmten Punkt einfach eine Notwendigkeit. Wir sind bei der Konfrontation mit Nazis an Grenzen gestoßen. Es war klar, dass wir Bündnisarbeit machen müssen, dass wir Öffentlichkeitsarbeit brauchen und eine bundesweite Vernetzung. Wir hatten keine Wahl.

Victor: Wir haben in Göttingen, einer ehemaligen Grenzstadt, verfolgt, was sich im Osten tat. Wir haben auch immer Kontakte gesucht. Anfang der Neunziger gab es jedoch nicht nur Entgegenkommen von den Ostgruppen, weil diese oft den Wunsch äußerten, eine eigenständige Organisation aufzubauen.

Daniel: Kulturell gab es eine breite Übereinkunft, politisch waren aber viele Diskussionen bei uns noch nicht geführt. Deshalb war nicht jede Position aus dem Westen so einfach nachvollziehbar. Es fehlten Erfahrungen. Wir haben, jedenfalls in Leipzig, immer nach einem eigenen Weg gesucht. Und in der Tat hat einige Leute auch dieser unkritische KPD-Bezug gestört, oder mit roten Fahnen durch die Straßen zu laufen.

Gab es Anfang der neunziger Jahre einen politischen und kulturellen Bruch in der autonomen Bewegung? Kann man bei der organisierten Antifa von einer postautonomen Bewegung sprechen?

Victor: Das war kein bewusster Bruch. Man trug halt irgendwann keine Wursthaare mehr.

In der Antifa. Aber es gibt nach wie vor Szenen, in denen man Wursthaare und Lederjacken trägt.

Simone: Wir haben das postautonome Erscheinungsbild immer sehr zwiespältig wahrgenommen. Zum einen, weil die Definition für erfolgreiche Politik sich so stark an Medienpräsenz und an Bildern orientierte, dass es oft Nebensache war, ob nach einer Demo mit wehenden roten Fahnen in einer Kleinstadt die Gruppen vor Ort mit einem Scherbenhaufen

dastanden. Über diese vermeintlichen Erfolge wurden dann auch Hierarchien klar gemacht.

Ich glaube, das war auch ein Grund, weshalb sich viele Ostgruppen da nicht wiedergefunden haben. Damit einher ging eine sehr starke Orientierung an Outfit und Symbolik. Politische Inhalte traten hinter der Symbolik mehr und mehr zurück. Das hat dazu beigetragen, dass Ende der neunziger Jahre immer öfter inhaltsleere Parolen durch die Gegend getragen wurden, hinter denen keine Praxis stand, und schon gar keine alltägliche Praxis. Die antikapitalistische Orientierung etwa, die die AA/BO oft vor sich herträgt, hat in der Realität überhaupt keine Entsprechung.

Carlos: Stimmt. Aber in der autonomen Szene ist das genauso. Es drückt sich nur anders aus. Etwa in der extremen Ablehnung von Kämpfen im sozialen Bereich.

Victor: Es hat etwas mit den Produktionsbedingungen der Gesellschaft zu tun, dass die Autonomen als sozialpolitische Bewegung entstanden sind. Vor dem Hintergrund des Wohlfahrtsstaates war es eher möglich, sich das Leben mit Jobs zu finanzieren und zum Beispiel JobberInneninitiativen zu gründen. Da wurden also auch die Möglichkeiten propagiert, die es im System gibt. Man suchte sich Nischen, versuchte sich in der Unmittelbarkeit mit alternativen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Der autonome Ansatz war: Mein ganzes Leben ist Politik.

Heute ist diese Haltung wegen der gesellschaftlichen Bedingungen wesentlich weniger als politischer Ansatz präsent. Außerdem: Kultur als politische, subversiv-antagonistische Identität, das wird es so nicht mehr geben. Es hat lange gedauert, bis man Punk kommerziell vereinnahmt hatte. Aber bei Techno oder HipHop ging das doch rasend schnell. Und es wird immer schneller gehen. Über einen subkulturellen Dresscode eine antikapitalistische Identität auszudrücken, ist heute nicht mehr möglich.

Das klingt mir etwas zu naturgegeben. Der Anspruch, sein gesamtes Leben als Widerstand zu begreifen, führt zwar nicht zu der Kontinuität von Gruppen, aber zu der Kontinuität von Biografien. In der autonomen Szene war es üblich, bewusst auf Karrieren zu verzichten. Und ich kenne in der autonomen Szene nicht annähernd so viele Leute mit schwiegerelternkompatiblen Frisuren und Klamotten wie in der AA/BO. Ich möchte behaupten, dass die Biografien und die Lebensweisen derer, die sich in Organisationen sammeln, gesellschaftsfähiger, also leichter vereinnahmbar sind.

Victor: Leute die ihr Leben antagonistisch zum gesellschaftlichen System begreifen, sind auch in Organisationen jene, die die Kontinuität ausmachen. Das ist kein Unterschied zur unorganisierten Szene.

Carlos: Stimmt. Als das mit dem autonomen Spaß vorbei war, haben viele Papas Erbe angetreten oder doch noch ihre Karriere gemacht. Die Durchlaufzeit ist nur schneller geworden. Während du früher noch sechs oder acht Jahre lang linksradikale Politik gemacht hast, bevor du dich ins Private zurückgezogen hast, liefern sich heute viele zwei Jahre lang den totalen Burnout und verschwinden dann von der Bildfläche.

Hat das nicht auch damit zu tun, dass man heute linksradikale Politik machen kann, ohne seinen Alltag ändern zu müssen?

Daniel: Subkulturen oder Gegenkulturen lassen sich nicht schaffen. Und wenn wir uns heute umgucken, ist da nichts, worauf wir uns berufen können. Politische Biografien entstehen nicht

mehr aus einer Subkultur, also müssen sie anders entstehen.

War es richtig, die Organisationsfrage mit dem Thema Antifa zu verknüpfen?

Victor: Die Organisationsdebatte war damals durchaus zeitgemäß. Erstens weil die Nazis so stark wurden und zweitens, weil es für die antiautoritäre Bewegung nach der Wende darum ging, interventionsfähig zu bleiben. Der Erfolg der AA/BO bestand vor allem darin, zu jener schwierigen Zeit des rechten Rollbacks gesellschaftlich präsent gewesen zu sein. Es war nicht unser Plan, dass Antifa der Ersatz für alle anderen Teilbereichsbewegungen sein sollte.

Doch plötzlich standen wir Mitte der neunziger Jahre da, und fast alle Teilbereichskämpfe um uns herum waren weggebrochen. Das hat die Bedeutung von Antifa hervorgehoben. Antifaschismus ist auch unabhängig von den Nazis der richtige Ansatz, weil dies eine der zentralen gesellschaftlichen Fragen der Bundesrepublik ist, schon wegen ihrer Vergangenheit. Antifa ist ja nicht nur Anti-Nazi-Kampf, da geht es z.B. auch um die Zwangsarbeiter-Debatte, Kriegseinsatz nach Auschwitz usw.

Simone: Der Organisationsansatz Antifa hat ja behauptet, es gehe um einen revolutionären Antifaschismus. Wir hingegen haben Antifa eher als Abwehrkampf begriffen, als Teilbereich einer radikalen Linken. Das Problem war eben, dass sich diese radikale Linke in Luft aufgelöst hat und die Antifa so ziemlich alleine dastand. Eine Organisation, um sich zu koordinieren, für einen besseren Infoaustausch, gemeinsame Diskussionen - das ist das eine. Aber eine Organisation als Inhalt per se, als Ersatz für Inhalte, das kann nicht gut sein. Ein wesentlicher Fehler war die starke Trennung zwischen Antifa und Antirassismus. Und dass sowohl die AA/BO wie auch das BAT rein weiße deutsche Angelegenheiten waren.

Carlos: Der Ansatz von Fels war ja nicht Antifa. Wir haben uns des Themas vor allem deshalb angenommen, weil wir uns anfangs in die AA/BO eingebracht haben und einen gemeinsamen Nenner mit den anderen Gruppen haben wollten. Um eine starke linke Bewegung aufbauen zu wollen, ist der Ansatz Antifa falsch. Aber es ist nicht falsch, die Kämpfe eines Teilbereichs unter einem bestimmten Label zusammenzuführen.

Daniel: Wenn man eine politische Praxis entwickeln will, wenn man Diskussionen führen will, dann braucht man ein Forum. Inhalte müssen ja auch entwickelt werden. Es stimmt: Es ging nicht viel über Antifa hinaus, gerade im Osten, wo es um existenzielle Gründe geht. Für andere Sachen blieben da oft keine Kapazitäten übrig. Wir denken, es ist wichtig, sich gemeinsam zu überlegen, wozu wir als Linke eine gemeinsame Praxis entwickeln wollen. Wir wollen nicht sagen, Antifa hat sich jetzt erledigt, aber es gibt Themenfelder, zu denen es viel Diskussionsbedarf und vielleicht auch eine praktische Perspektive gibt. Ich denke da an das Thema Globalisierung.

Mit dem Kongress, der jetzt in Göttingen stattfindet, wollen wir eine Standortbestimmung der Antifa vornehmen und nach neuen Themenfeldern suchen. Das ist kein Themen-Zapping, sondern muss auf der Grundlage einer gesellschaftlichen Analyse erfolgen. Es war in der Tat ein Fehler, dass Antirassismus und Antifa zu wenig zusammengingen.

Simone: Ich denke, dass Diskussionen auch mit Leuten geführt werden müssen, die nicht direkt aus einer linksradikalen Szene kommen. Wir wollen ja alle keine Nischenpolitik mehr. Das Thema Antifa bietet eine Basis, um punktuell mit Leuten zusammenzuarbeiten und dann

vielleicht auch eine weiter gehende gesellschaftliche Kritik zu verbreiten.

Daniel: Du sprichst ja jetzt von Bündnisarbeit. Wir haben festgestellt, dass man eine solche Politik nur machen kann, wenn man einen Standpunkt hat, von dem man ausgeht. Gerade jetzt haben sich ja im Anti-Nazi-Bereich unglaublich viele Möglichkeiten zu Bündnissen ergeben. Deshalb brauchen wir unbedingt eine Organisierung, in der wir einen gemeinsamen linksradikalen Standpunkt entwickeln können.

Aber beweist nicht gerade diese unglaubliche Bündnisfähigkeit beim Thema Antifa, die ja gelegentlich bis zur CDU reicht, dass dieser Ansatz überhaupt nicht taugt, um linke Positionen zu profilieren?

Simone: Dem, was hier durchklingt und was als Parole »Staat macht Antifa« seit Monaten durch die Gegend geistert, möchte ich heftig widersprechen. Wenn man sich die Verhältnisse vor Ort anschaut, gerade in den kleineren Städten, dann hat sich da verdammt wenig getan. Bis auf ein paar Imageprojekte sind die Bedingungen für nicht-rechte Jugendliche, für MigrantInnen und Flüchtlinge nicht besser geworden. Wir sollten nicht in die Falle tappen und die Verlautbarungen der Politiker nachbeten.

Victor: Der Staat macht keinen Antifaschismus, aber er macht Anti-Nazi-Politik. Und das sehr glaubwürdig. Es wird ein gesellschaftlicher Konsens hergestellt, um Stiefelnazis zu isolieren. Da werden politische Positionen eingenommen, die sich eindeutig auf die Antifa rückkoppeln lassen. Das führt zu Orientierungslosigkeit, weil viele gar nicht mehr wissen, wo sie sich abgrenzen sollen.

Daniel: Es ist eben wichtig, dass man Antifa nicht auf das Problem mit den drei Glatzen an der Tankstelle reduziert. Man muss über die Verhältnisse in diesem Land sprechen. Die Rechtsentwicklung hat auch etwas mit einem starken Staat zu tun, mit Ordnungspolitik. Und genau dies verschärft sich ja gerade massiv, und zwar zynischerweise in der Abgrenzung zu den Stiefelnazis.

Victor: Ich denke, die Trennung von Antifa und Antirassismus hat etwas mit der jeweiligen praktischen Orientierung zu tun. Antifa hatte den Anspruch, auf der politisch-öffentlichen Ebene zu intervenieren, während Antirassismus als Bewegung ihren Schwerpunkt eher auf praktische, karitative Unterstützungsarbeit gelegt hat. Das ist legitim, ließ sich aber schwierig mit einem Organisierungsmodell wie dem der AA/BO verbinden. Inzwischen hat sich das etwas geändert. Zum Beispiel durch die Initiative Kein Mensch ist illegal! und durch Ansätze wie die Lufthansa-Kampagne gegen Abschiebung.

Ja, weil sich die Nicht-Antifas aus der autonomen Szene in den letzten Jahren des Themas Antirassismus angenommen haben.

Simone: Anfang der neunziger Jahre gab es bereits eine antirassistische Bewegung, die eine ähnliche Praxis hatte wie heutzutage. Ich will nur an die Kampagne gegen die Abschaffung des Asylrechts erinnern.

Außerdem haben schon in den Achtzigern die Revolutionären Zellen Antirassismus mit einer militanten Praxis verbunden. Ich glaube übrigens, dass es noch einen anderen Grund gibt, weshalb sich die AA/BO auf Antifa konzentriert hat. Mit diesem Thema kann man nämlich viele Menschen mobilisieren und öffentliche Erfolge feiern. Das ist mit dem Engagement von

Autonomen gegen Atomkraft vergleichbar. Mit Themen wie Rassismus, Antisemitismus oder auch Gentechnologie lassen sich jedoch keine Massen mobilisieren. Obwohl man mit diesen Themen viel eher linksradikale Positionen profilieren kann. Aber die AA/BO misst ihre politischen Erfolge eben an Teilnehmerzahlen und Pressestimmen, nicht an der inhaltlichen Qualifizierung.

Carlos: Das Verhältnis zwischen Antirassismus und Antifa hat noch eine andere Ebene, nämlich die Rollenzuschreibung zwischen den Geschlechtern. Jungs gehen Nazis schlagen, und Frauen kümmern sich um Opfer, um Soli-Arbeit. Es ist doch so: Die Antifa-Gruppen bestehen zu 90 Prozent aus Männern und die Antirassismus-Gruppen bestehen vor allem aus Frauen. Das ist vielleicht etwas übertrieben, aber von der Tendenz her ist es so. Deshalb möchte ich hier noch mal die Frage aufwerfen, ob es nicht ein Fehler der AA/BO war, diese stark ästhetisch-männliche Militanz so in den Vordergrund zu stellen.

Simone: Das stimmt. Aber das blieb nicht auf die AA/BO beschränkt. Patriarchale Strukturen gibt es überall in der Antifa und nicht nur dort.

Zehn Jahre Organisation, zehn Jahre AA/BO: Hat dieser Ansatz die Linke vorangebracht?

Carlos: Allein die Auseinandersetzung mit dem Thema hat die Linke weitergebracht. Eine größere Organisation, wie ich sie mir wünschen würde, wäre aber nicht nur ein pragmatischer Austausch, sondern auch eine Koordinierung. Ich will keine Organisation als Selbstzweck, sondern als politischen Raum - keine Linie! -, der auch gesellschaftliche Ausstrahlungskraft hat.

Ich glaube allerdings, dass dafür die Situation in der Gesellschaft nicht da ist. Du müsstest weit mehr hineinstecken, als du herausbekommst. Da stimmt schnell das Verhältnis nicht mehr. Wie ich das bei der AA/BO mitbekommen habe, wurde der enorme Kraftaufwand dadurch reduziert, dass man die inhaltlichen Debatten reduziert hat. Insgesamt ist es wichtig, eigene Themen auf die Agenda zu setzen. So wie wir es mit dem Existenzgeld-Kongress versucht haben. Ich wünsche mir, mit eigenen Themen eine Ausstrahlung zu erreichen, die es uns ermöglicht, Antifa irgendwann nebenher machen zu können.

Außerdem hat der Prozess für uns als Gruppe viel gebracht. Wir existieren nach zehn Jahren - im Gegensatz zu vielen, die uns damals kritisiert haben - immer noch, konnten und können Themenfelder wechseln, ohne uns aufzulösen, und greifen auf viele gemeinsame Strukturen und Erfahrungen zurück.

Daniel: Wir sind aus einem organisierungskritischen Ansatz gekommen und haben uns der Sache dann immer mehr angenähert. Das hatte ausschließlich pragmatische Gründe: Wenn wir nicht mehr nur im eigenen Saft schmoren wollen, brauchen wir Diskussionen und den Austausch mit Gruppen. Wir sind zum BAT gefahren und zur AA/BO, wir haben beide Strukturen genutzt.

Wir mussten jedoch feststellen, dass diese Organisationsansätze alle nicht mehr richtig funktionieren. Wir sind dann vor einem guten Jahr an den Punkt gekommen zu sagen, dass wir als Gruppe jetzt auch mehr Verantwortung übernehmen müssen. Es gilt jetzt, mit den bestehenden Ansätzen zusammen stärker auf die Bedürfnisse der einzelnen Gruppen einzugehen, und einen Weg zu finden, dass mehr Gruppen in die Diskussion eingebunden werden können. Wir müssen dabei auch den unterschiedlichen Entwicklungsstand der Gruppen berücksichtigen und auch ihre ungleichen Möglichkeiten.

Victor: Die Gründung der AA/BO war zeitgemäß. Es galt, Strukturen zu reformieren und die Politikfähigkeit zu erhalten. Was wir in zehn Jahren nicht geschafft haben, ist, so präsent zu sein, dass wir punktuell in gesellschaftliche Debatten eingreifen können.

Strukturell wird sich jetzt etwas ändern. Es wird sich mehr angleichen an die Realität. Wir mussten feststellen, dass es eine große Diskontinuität gibt, dass die Vorstellung nicht stimmt, es könne eine gleichmäßige Entwicklung von Gruppen geben, die verschieden lange existieren. Es gibt zur Zeit nur eine handvoll Gruppen im Antifa-Bereich, die politische Erfahrungen haben, und die Kontinuität und Aktionsfähigkeit herstellen können. Es ist nicht möglich, zwischen diesen Gruppen und neu entstehenden Gruppen eine annähernd gleichberechtigte Struktur aufzubauen, das führt nicht weiter.

Wir versuchen jetzt einen Spagat. Die Gruppen, die hauptsächlich diese Kontinuität gewährleisten, müssen sich politisch weiterentwickeln können. Gleichzeitig muss das, was dort diskutiert wird, transparent gemacht werden. Für uns bleibt es aber bei drei Eckpunkten: Kritik, Intervention, Aufbau.

Simone: Die wesentlichen Gründe des Scheiterns sind schon genannt worden. Was aber noch erwähnt werden sollte, ist, dass Organisationsansätze in den letzten Jahren auch an der innerlinken Streitkultur gescheitert sind. An bestimmten Punkten haben sich Formen der Auseinandersetzung durchgesetzt, die alles andere als konstruktiv sind.

Wir wünschen uns, wieder zu einer konstruktiven Streitkultur zu kommen. Das Antifaschistische Infoblatt hat als Zeitschrift auch noch eine andere Rolle. Wir haben beide Organisationsansätze kritisch begleitet, und wir verstehen uns nach wie vor als Forum, in dem Fragen nach der Form der Organisation, nach inhaltlichen Schwerpunkten usw. kontrovers diskutiert werden können und sollen.

Thematisch geht es uns grundsätzlich darum, zu fragen, unter welchen Prämissen wir Politik machen. Und so lange ein wesentlicher Teil der Bevölkerung davon ausgegrenzt ist, müssen wir künftig mehr Energie aufbringen, um Nicht-Deutsche in politische Prozesse einzubinden und gleiche Rechte für alle durchzusetzen.